

Schweizerische Gesandtschaft

SCHWEIZ, DEPT. DES AUSWÄRTIGEN
POLITISCHE ABTHEILUNG

20 NOV. 94

N^o 7124

No 38

Reçu receipt le 20 nov

Berlin, den 15 November 1894

XXVI 17

N^o 33.

Reçu receipt ✓

Reproduit par un autre ✓

En circulation ✓

P. 10 extrait par Dippel & Fawcett ✓

Hochgeachteter Herr Bundesrath!

Aus zuverlässiger Quelle habe ich vernommen, dass der Graf von Caprivi bei seinen intimen Bekannten über die Art und Weise, wie er von allerhöchster Stelle aus indirect in die Zwangslage versetzt worden ist, definitiv um seine Entlassung einzukommen, sich in hohem Grade verletzt gezeigt hat.

Darüber, dass seine Tage als Reichskanzler gezählt sein dürften, waren zwar sowohl er selbst, als auch seine Freunde und Anhänger in der letzten Zeit nicht mehr im Zweifel. Stand er doch allmählig völlig isoliert da. Die Conservativen, aus denen er selbst hervorgegangen hatten ihm, der Handelsverträge wegen, die

Schweizerisches Departement
des Auswärtigen.
Politische Abtheilung.
Dern



Gefolgschaft für immer gekündet. Die Nationalliberalen, nachträglich zur Bismarck-Partei sans phrase geworden, wandten sich ebenfalls gänzlich von ihm ab. War er ihnen ja schon deshalb von Anfang an nicht genehm, weil er das Odium auf sich genommen, Bismarcks Nachfolger zu sein. Auch auf das Centrum war für ihn kein Verlass. Dasselbe wäre ja vielleicht auch in der Folge für diese und jene Regierungsvorlage zu haben gewesen, allein immer nur unter der auf die Dauer unerfüllbaren Bedingung des „do ut des“ und so ging man denn unausweichlich einer Reichstags-Session entgegen, welche, dieser Zerfahrenheit wegen, zu Collisionen und damit zum Rücktritte des Grafen Caprivi nothwendig führen müsste.

Die Wahrscheinlichkeit dass diese Kanzler-Krisis schon so bald eintreten werde, würde jedoch allgemein als ausgeschlossen betrachtet. Caprivi selbst war nach den letzten Beratungen im preussischen Staatsministerium betreffend die gegen die Umstürz-Parteien zu treffenden gesetzgeberischen Maassnahmen, und nachdem sowohl der Kaiser, als auch die leitenden Minister der grösseren Bundesstaaten sich in dieser

Frage bedingungslos auf seine Seite gestellt hatten, noch wenige Stunden vor der Krisis in der denkbar zuversichtlichsten Stimmung für die allernächste Zukunft. Da wollte es dann aber also ein absolut unerwarteter Zwischenfall, das Erscheinen jenes viel besprochenen Artikels der Kölner Zeitung, dass trotz dieser günstigen Moments-Situation Caprivi es plötzlich als mit seiner Mannes-Ehre nicht mehr vereinbar erachten zu können glaubte, auch nur einen Tag länger im Amte zu bleiben. Die Form, welche der Kaiser wählen zu müssen glaubte, um den Grafen über die Provenienz des gedachten Zeitungs-Artikels zur Rede zu stellen (Mission Lucanus) war aber auch, nach der einstimmigen Ansicht aller Derer, welche den Charakter des Letztern kennen, der Art, dass demselben jeder andere Ausweg verschlossen blieb.

Und was mochte wohl den Kaiser bestimmt haben, in dieser Weise vorzugehen?

Die unmittelbare Veranlassung hierzu war Zweifellos eine momentane Aufwallung, eine hochgradige Verstimmung desselben über die muthmaßlichen Folgen des gedachten Artikels, oder,

mit andern Worten, die allerdings nahe liegende Vermuthung, dass in Folge der „rücksichtslosen“ Behandlung des Grafen Bülenburg (in dem fraglichen Artikel) die Anstrengungen, welche er, der Kaiser, persönlich und zwar anscheinend mit völligem Erfolg gemacht hatte, um die Differenzen zwischen Caprioli und Bülenburg auszugleichen, sich nunmehr als nutzlos erweisen werden.

So ganz ohne vorherige Ueberlegung dürfte er den entscheidenden Schritt aber doch nicht gethan haben.

Der Kaiser — würde mir von Jemandem bemerkt, der dem Hofe nahe steht — werde sich gesagt haben, bei dem „notorischen Eigensinn“ Caprioli's müsse er ja doch riskieren, dass dieser in der aller-nächsten Zeit ihn /gelegentlich wieder einmal ganz unvermittelt mit einem Entlassungsgesuch „Bousquire“ und lange werde es mit dem Grafen, der gedachten parlamentarischen Situation wegen, ohnehin nicht mehr gehen.

Ferner sei in Betracht zu ziehen, dass Caprioli die vollen Sympathien des Kaisers entschieden nicht mehr besessen und dass der Letztere u. A. auch der Mentorschaft des Grafen, und dessen beständigen

Bedenken und Einwendungen gegen seine persönlichen Entschliessungen und Anregungen sichtlich überdrüssig geworden sei.

Relata referro.

Auch der Umstand dass der Kaiser als Ersatz für Caprivi sofort den Fürsten Hohenlohe für sich zur Hand hatte, und ebenfalls sofort entschlossen war, auf den Grafen Bülow zu verzichten, scheint darauf hinzuweisen, dass er sich die Sache gehörig überlegt hatte und bei der Entlassung von Caprivi nicht so ausschliesslich ab irato vorgegangen ist, wie man es auf gewisser Seite glauben machen will.

Wie es so in der Welt und nicht zum Mindesten auch in Deutschland zu gehen pflegt, ist der Graf Caprivi nun bereits ein „abgethaner Mann“. Kaum dass man sich seiner Verdienste um die friedlichen Beziehungen Deutschlands mit dem Auslande, und seiner Leistungen im Innern (Handelspolitik und Militärorganisation etc.) noch erinnert.

Er war ein vornehm denkender Mann - schreibt und sagt man jetzt - ein Ehrenmann durch und durch, von der lautersten Gesinnung, aber ein Mann

ohne grosse Ideen, über alle Maassen eigensinnig und Alles mehr, als ein Staatsmann.

Dem gegenüber möchte ich so nebenbei erwähnen, dass letzter Tage ein früherer, hervorragender deutscher Parlamentarier betreffend Caprivi zu mir sagte: „Er war zu gut für uns“.

So ganz unrecht mag der Mann nicht haben. Dass Caprivi von den Conservativen aus ganz ordinären, eigennützigem Motiven schmählich behandelt und von den Nationalliberalen in recht kleinlicher Weise im Stiche gelassen worden ist, liegt für jeden vorurtheilsfreien Politiker so sonnenklar am Tage, dass es unnützlich wäre hierüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Ein grosser Staatsmann à la Bismark war er allerdings nicht; er hatte aber auch nie die Prätention als solcher zu gelten. Wo wäre übrigens gegenwärtig in Deutschland ein zweiter Bismark zu finden?

Ebenso muss zugegeben werden, dass Caprivi sich einzelnen Situationen in der innern Politik nicht gewachsen zeigte. Im grossen Ganzen aber verdankt Deutschland ihm eben doch eine Periode unbestrittener Prosperität im Innern, soweit dieselbe

überhaupt von der Leitung der Politik abhängen konnte, und anderseits auch die ununterbrochene Fortdauer und Befestigung friedlicher Beziehungen mit dem Auslande, ohne dass das Ansehen des Deutschen Reichs darunter gelitten hätte. Nach dieser Richtung kann nicht genug hervorgehoben werden, wie sehr der friedliche Verlauf der europäischen Politik gerade durch das Vertrauen gefördert worden ist, welches man der Gradheit und der Ehrenhaftigkeit Caprivis allseitig entgegenbrachte.

Wir, in der Schweiz, haben an ihm einen wohlwollenden, uns sympathisch gesinnten Leiter der Politik des Deutschen Reichs verloren.

Eine irgendwie eingreifende Aenderung des Courses dürfte der Abgang Caprivis und dessen Ersetzung durch den Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst, wie ich bereits berichtet, bis auf Weiteres nicht zur Folge haben. Gegen eine solche Wendung der Dinge sprechen schon das hohe Alter, das ruhige Wesen und auch die politische Vergangenheit des neuen Reichskanzlers.

Man hört freilich da und dort Stimmen, welche meinen, es falle nun dem Fürsten Hohenlohe die dringliche Aufgabe zu, Deutschland wieder zu seiner

früheren, unter Caprioli angeblich verkümmerten Machtstellung in der grossen Politik zu verhelfen. Im Besondern wird Caprioli vorgeworfen, Deutschland, welches den Löwen-Antheil der Kosten des Dreibundes bestreite, habe unter seiner Regierung die leitende Stellung in demselben völlig eingebüsst und Oesterreich-Ungarn überlassen; Kalnoky führe jetzt das grosse Wort, der Schwerpunkt liege ganz in Wien etc. etc., auch da müsse dem Deutschen Reiche die ihm gebührende Rolle wieder zurückgegeben werden.

Fürst Hohenlohe scheint mir jedoch, wie schon bemerkt, nicht der Mann zu sein, um derartigen Aspirationen Folge zu geben und eine so stark accentuirte Aenderung der bisher von der Kaiserlichen Regierung befolgten Politik herbeiführen zu wollen, zumal es sehr fraglich sein dürfte, ob er überhaupt die Ansicht theilt, welche finden, eine energischere Politik nach Aussen würde dem Reiche von Nutzen sein.

Dass Deutschlands Gewicht dormalen nicht mehr so schwer auf die Waagschale der europäischen Politik drückt, wie zur Zeit Bismarcks, muss allerdings zugegeben werden. Das ist aber eine keine Personenfrage und nicht die Folge der derzeitigen Leitung der deutschen Politik. Der Name und die ganze Persönlichkeit Bismarcks

waren es, die den deutschen Einfluss so wirksam gestalteten und diesen auf die Person Bismarcks zurück-
 führenden Einfluss wird bis auf Weiteres keine auch
 noch so active Politik seiner Nachfolger ersetzen
 können.

Die innere Politik betreffend - heisst es weiter-
 falle dem Fürsten Hohenlohe die Aufgabe zu, dem
 bisherigen „planlosen Hin- und Herschwanken der
 Reichsregierung“ und vornehmlich auch der Zerfahren-
 heit im Partheiwesen des Reichstags und des
 preussischen Abgeordnetenhauses ein Ende zu
 machen.

Wie Hohenlohe das fertig bringen soll, ist mir
 bis auf Weiteres völlig unklar.

Weiss man doch, wie die Conservativen sich das
 Aufgeben ihrer Opposition gegen die Regierung und
 ihre Mitwirkung zur Herbeiführung erfreulicherer
 Partheiverhältnisse in den Parlamenten zu recht legen.
 Sie rücken mit ihrem alten Programm auf, welches
 Schutz der Landwirthschaft, (bezw., in That und Wahr-
 heit, der Interessen der Gross-Grundbesitzer) verlangt;
 ergo Verzicht auf die bisherige Handelspolitik und
 Einführung der Doppelwährung.

Nun liegt es ja aber theilweise gar nicht in der-

Macht, und andererseits zweifellos auch nicht in dem Willen des Kaisers und seiner verantwortlichen Rathgeber (Hohenlohe nicht ausgeschlossen) die von den Agrariern zur Breichung ihres Zweckes angerufenen Mittel zur Anwendung zu bringen. Die „grossen“ hauptsächlich in Frage kommenden Handelsverträge bleiben bekanntlich noch für einen längern Zeitraum in Kraft. Und was die Goldwährung betrifft, so hat sich dieselbe für Deutschland so vortrefflich bewährt, dass schon Fürst Bismark und seine Berather nicht weniger entschieden, als die dormalen maassgebenden Persönlichkeiten fortgesetzt für die Beibehaltung derselben eingetreten sind und noch eintreten.]

Also werden die Conservativen (d.h. die Agrarier) sich zweifelsohne auch in der Folge mit mehr secundären Palliativ-Schützmitteln begnügen müssen und ob sie für die Regierung um diesen Preis dauernd zu haben sind, muss sich erst noch zeigen.

Die ganz im frühern, gehässigen Tone erneuerten Angriffe auf den Staatssekretär von Marschall, als den Verfechter des deutsch-russischen Vertrags, lassen alles Andere eher erwarten, als die Geneigtheit der Conservativen in friedliche Bahnen einzulenken.

Als eine Concession an die letztern, und als ein

Extrait
p. 14
Finances

Beweis, dass der Kaiser und Hohenlohe in der That wünschen, ihnen möglichst entgegenzukommen, kann der letzter Tage vollzogene Wechsel im preussischen Landwirtschaftsministerium betrachtet werden. Der abgetretene Minister von Heyden war zwar den Agrariern, was seine Richtung betrifft, ziemlich genehm; nur fanden sie denselben in der Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen anlässlich der Handelsvertragsverhandlungen etwas zu matt und vermissten sie an ihm im Weiteren auch die nöthige parlamentarische Gewandtheit. Unter diesem letztem Zeichen ist denn auch von Heyden vom Kaiser die Opportunität seines Rücktrittes nahe gelegt und ist letzterer durch einen „Gross-Grundbesitzer“ ersetzt worden, welcher sehr redigewandt sein soll.

Was die National-Liberalen eigentlich wollen und von dem neuen Reichskanzler erwarten, haben sie selbst erst noch klar zu stellen. Vor der Hand be- wegen sie sich nur in Allgemeinheiten; sie verlangen „eine zielbewusste Politik nach Aussen und nach Innen, an Stelle des unsichern Herum- kasten von Capri“. Sie, die National-Liberalen sind es bekanntlich, welche unmittelbar nach der Ermordung des Präsidenten Carnot mit demonstrativer

Hast für einen erhöhten gesetzlichen Schutz gegen die
 Umstürz-Parteien eintraten und dann Monate lang
 in der Presse und in ihren Versammlungen über die
 Unentschlossenheit der Regierung und über die Sorg-
 losigkeit derselben in dieser Frage Lärm schlugen.
 Und dies Alles, weil man Regierungsseits nicht sofort
 mit Ausnahmsgesetzen bereit war, sondern vielmehr
 den einzig richtigen Weg einschlug, die Frage einer
 Aenderung der zu Recht bestehenden Gesetzgebung
 einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, anstatt ohne
 Ueberlegung *ubi et ubi* Maassnahmen in Aussicht
 zu stellen, welche sich später hätten als unausführbar
 erweisen können.

Bei diesem Anlasse sei wiederholt, dass Fürst
 Hohenlohe sich der Auffassung des Grafen Caprivi be-
 treffend den materiellen Inhalt und die Form der in
 der fraglichen Materie zu erlassenden gesetzgeberischen
 Maassnahmen völlig angeschlossen hat und sogar
 eher geneigt gewesen wäre, noch etwas weniger weit
 zu gehen, als Caprivi.

Nach dieser Richtung werden also die Natio-
 nal-Liberalen von Hohenlohe keine Aenderung der
 Politik zu erwarten haben.

Die fragliche Vorlage in welcher gutem Vernehmen

nach lediglich eine Ergänzung des dormalen geltenden Strafrechtes in der Richtung einer schärferen Ahndung der Auflehnung gegen die Staatsgewalt, der Discreditirung von amtlichen Kundgebungen und der Aufreizung zum Widerstande gegen die bestehende Rechtsordnung etc. vorgesehen, von der von Eulenburg patronirten Erweiterung der Praesentiv-Machtbefugnisse der Polizei-Behörden dagegen gänzlich Umgang genommen sei, soll bereits fertig gestellt sein und dem Reichstage alsbald nach dessen Zusammentritt zugehen.

Wenn die National-Liberalen auch die Unbeständigkeit der Regierung in der Steuerpolitik bemängeln, so kann diesem Vorwurf füglich entgegen gehalten werden, dass einzelne Steuer-Projekte eben desswegen zurückgezogen worden sind, weil die Annahme derselben im Laufe der Verhandlungen des Reichstags sich gegen Erwarten als aussichtslos erwies und zwar zum grössten Theil eben wieder wegen der „opposition quand même“, welche Capri von verschiedenen früher regierungsfreundlichen Fractionen gemacht wurde.

Uebrigens wird auch auf diesem Gebiete die Aera Hohenlohe wenig nova bringen. Der nur unwesentlich ungeänderte Tabaksteuer-Entwurf

soll dem Reichstage demnächst wieder zugehen und da derselbe das neue Militärgesetz angenommen, so wird er eben schliesslich auch die Mittel zur Durchführung desselben bewilligen müssen.

Sachlich genommen ist also nicht leicht einzusehen, warum die National-Liberalen sich unter Hohenlohe regierungsfreundlicher zeigen sollten, als unter Caprivi und wieso für die von ihnen postulierte Concentration der Ordnungsparteien im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus auf sie sollte gerechnet werden können.

Bleibt noch, als numerisch in Betracht fallend, das Centrum. Dass und warum die Regierung aber auch unter Hohenlohe auf eine dauernde Unterstützung dieser Parthei von vornherein wird verzichten müssen, habe ich bereits erwähnt.

Mithin wird die Regierung auch während der nächsten Reichstagssession auf ein weiteres Operiren von Fall zu Fall angewiesen sein und präsentiert sich für sie dormalen die Situation nur insofern etwas günstiger, wie unter Caprivi in der letzten Zeit, als die verschiedenen Fractionen dem Fürsten Hohenlohe persönlich vor der Hand zweifellos mit Wohlwollen begegnen werden.

Zum Schlusse will ich noch erwähnen, dass der vorgestern erfolgte Ersetzung des preussischen Justiz-Ministers von Schelling durch den Ober-Landgerichtspräsidenten Schönstedt offenbar eine politische Bedeutung nicht beizumessen ist. Schelling ist wirklich ein „alter Herr“ geworden, und es lag eine Auffrischung in der Leitung des Justiz-Ministeriums schon seit längerer Zeit in der Luft.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrath, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Ihr ergebener

